



Die Klima- und Mobilitätswende gestalten

Gemeinsame Eckpunkte von IG Metall, NABU und BUND

Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre ist seit Beginn der Industrialisierung und vor allem in den vergangenen drei Dekaden massiv gestiegen. Die mittlere Oberflächentemperatur der Erde hat sich gegenüber dem vorindustriellen Niveau bereits um über 1°C erhöht. Stellen wir heute nicht die Weichen für eine nachhaltige Energie- und Mobilitätswende, droht sich die Erde bis Ende dieses Jahrhunderts um weitere 3°C oder mehr zu erwärmen. Die Folgen wären dramatisch: Weltweit sinkende Ernteerträge, Hunger, Wassermangel, gleichzeitig ansteigende Meeresspiegel, die ganze Regionen untergehen lassen, Artensterben – ein sich zuspitzender Kampf um natürliche Ressourcen, der den Zerfall von Staatlichkeit in besonders betroffenen Regionen forciert und weltweite Flucht- und Migrationsbewegungen in nie gekanntem Ausmaß auslösen wird. Davor können und dürfen wir die Augen nicht verschließen. Unsere Gesellschaften, unsere Wirtschaftssysteme, unsere Industrien und unsere Lebensweise sind Auslöser dieser Entwicklung und gleichzeitig davon fundamental betroffen.

1. Wir haben nur einen Planeten – Klimaschutz muss unumkehrbar werden

Die Uhr tickt. Mit den völkerrechtlich verbindlichen Vereinbarungen des Pariser Klimaschutzabkommens ist der Rahmen abgesteckt, sind die notwendigen Zielgrößen formuliert: Der Temperaturanstieg soll auf 1,5°C über dem vorindustriellen Niveau begrenzt werden. Deutschland hat sich verpflichtet, hierzu seinen fairen Beitrag zu erbringen. Im Klimaschutzplan 2050 hat die Bundesregierung das Ziel gesetzt, Deutschlands gesamte Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 zu reduzieren. Das ist vor dem Hintergrund der klimapolitischen Untätigkeit der letzten Jahre ambitioniert. Dennoch sind Viele mit guten Gründen überzeugt, dass selbst dies nicht ausreichen wird, um die Ziele des Pariser Abkommens zu erfüllen.

Uns eint die Überzeugung, dass Klimaschutz nur mit einer erfolgreichen Energie- und Mobilitätswende gelingt. Nach Jahren des Zögerns und Zauderns müssen wir jetzt das Tempo deutlich erhöhen. Damit dies gelingt, wollen wir gemeinsam mit den Menschen in diesem Land die Energie- und Mobilitätswende sozial gestalten. Wer die sozialen Folgen der ökologischen Transformation aus dem Blick verliert, überlässt das Feld populistischen Scharlatanen, die den Menschen mit ihren einfachen Parolen vorgaukeln, es könne alles so bleiben wie es ist. Vielmehr wird der notwendige Wandel tief in die bisherigen Arbeits-, Freizeit- und Lebensgewohnheiten der Menschen eingreifen. Wir fordern daher eine breite gesellschaftliche Debatte, zu der wir mit den folgenden Eckpunkten einen gemeinsamen Beitrag leisten möchten.

2. Wir fordern ein drastisches Umsteuern: Deutschland auf Klimaschutzkurs bringen

Zwar wurde die Stromerzeugung aus regenerativen Quellen in den vergangenen Jahren deutlich ausgebaut: Inzwischen werden immerhin rund 40 Prozent des Strombedarfs hierzulande mit erneuerbaren Energien gedeckt. Wir stehen nicht mehr bei null.

Trotzdem gilt: Vor dem Hintergrund der Klimakrise und der selbst gesteckten Ziele ist das bei Weitem nicht ausreichend. Zumal dann nicht, wenn weitere Sektoren mit großem Energieverbrauch wie der Verkehr in die Energiewende integriert werden müssen.

Das Umsteuern erfordert, jetzt konkrete Maßnahmen und Programme in Angriff zu nehmen. Der vereinbarte Ausstieg aus der Kohleverstromung zielt in diese Richtung. Auch die Vorschläge der Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität zur Elektrifizierung des Verkehrs sowie zur deutlichen Stärkung umweltfreundlicher Verkehrsträger wie Bus, Bahn und Radverkehr sind wichtige Impulse und müssen dringend in Angriff genommen werden.

Für die Ergebnisse beider Kommissionen gilt aber: Umsetzungsfähige Programme können sie vorschlagen, nicht jedoch auf den Weg bringen. Hier ist ausdrücklich die Bundesregierung gefordert. Denn ohne eine deutliche Ausweitung der Investitionen in Netzinfrastruktur und Speichertechnologien, in Ladeinfrastruktur und öffentlichen Personennahverkehr werden die Klimaschutzziele auf keinen Fall zu erreichen sein. Eine erfolgreiche Energie- und Mobilitätswende braucht die Beteiligung der Bürger*innen. Deshalb wollen wir eine schnelle Umsetzung der von der EU geforderten Entlastung beim Eigenverbrauch von Strom ebenso wie solidarische Mieterstrommodelle.

Wir setzen uns gemeinsam dafür ein, dass endlich Ernst gemacht wird mit einer Energie- und Mobilitätswende aus einem Guss. Das muss auch zum roten Faden für die Ausarbeitung des Klimaschutzgesetzes werden.

3. Wir fordern eine verantwortungsbewusste und gerechte Klimaschutzpolitik

Der grundlegende Wandel steht noch aus. Energiewende, Mobilitätswende, Wärmewende – all diese Herausforderungen werden unsere Gesellschaft, unsere Gewohnheiten und nicht zuletzt unsere Wirtschaft und Industrie stark verändern. Sie treffen auf eine Gesellschaft, die sozial tief gespalten ist. Dies ist nicht naturgegeben, sondern das Ergebnis einer neoliberalen Regierungspolitik und gefährdet inzwischen auch die Reformfähigkeit unseres Landes. Deshalb verwehren wir uns davor, wenn ausgerechnet die Urheber der sozialen Spaltung nun den Klimaschutz hiermit ausbremsen wollen. Wir treten sowohl für eine effektive Klimaschutzpolitik als auch für eine aktive Politik zur Verringerung der sozialen Spaltungen ein.

Der Weg zur Arbeit, zur Kita oder zur Schule wird für viele Menschen immer länger. Die Zahl der Pendler steigt genau wie die zurückgelegten Distanzen – aber mittlerweile überproportional bei Menschen mit niedrigem Einkommen. Nicht mehr die Reichen ziehen raus aufs Land, sondern untere Einkommen werden durch rasant steigende Mieten in die Peripherie verdrängt. Eine Verteuerung gerade für die Autopendler*innen muss einhergehen mit der Bereitstellung ausreichender und günstiger öffentlicher Angebote.

Das Gleiche gilt für Wohnen und Heizen: Die notwendige energetische Gebäudesanierung darf nicht dazu führen, dass Mieten unbezahlbar werden oder Wohnungseigentümer ökologische Modernisierungen nicht mehr finanzieren können. Deshalb fordern wir die massive Aufstockung der Mittel für die energetische Gebäudesanierung bei gleichzeitiger Begrenzung der Umlage auf die Mieten. Wohnen stellt ein Grundbedürfnis des Menschen dar und darf nicht einer rein profitorientierten Wohnraumbewirtschaftung untergeordnet werden

Die energetische Sanierung des Gebäudebestandes in Deutschland ist ebenso wie der Aufbau eines leistungsfähigen und günstigen öffentlichen Verkehrsnetzes eine gesellschaftliche Aufgabe, die als solche in Angriff genommen und nicht auf die einzelnen Bürgerinnen und Bürger abgewälzt werden darf.

Klimaschutz wirkt sich auch auf Beschäftigung in der Industrie aus. Während manche Branchen wie die Netzausrüster, die Produzenten Erneuerbarer-Energien-Anlagen oder der Maschinenbau profitieren können, so drohen im Bereich der Automobilindustrie bis 2030 mehrere Zehntausend Arbeitsplätze wegzufallen. Unternehmen und Politik müssen ihrer Verantwortung für die Beschäftigten in den betroffenen Branchen und Regionen nachkommen.

4. Wir fordern die Unternehmen auf: Weitsichtig agieren, zukunftsfähig aufstellen

Einige Branchen arbeiten schon an nachhaltigen Investitions- und Technologiepfaden, etliche Betriebe aus dem Maschinenbau oder der Elektroindustrie sind mit Effizienztechnologien auf den internationalen Märkten erfolgreich unterwegs. Große Teile der Automobilindustrie haben endlich den Hochlauf der E-Mobilität in Angriff genommen – und investieren in den Umbau der bestehenden Standorte. Das war kein Selbstläufer: Vertrauensleute und Betriebsräte mussten das durchsetzen und in Betriebsvereinbarungen umsetzen.

Aber die Anforderungen bleiben dauerhaft hoch. Neue Technologien, neue Geschäftsmodelle und neue Wettbewerber treten auf den Plan, hinzu kommt die Digitalisierung von Produkten, Dienstleistungen und Automatisierung von Fertigungsverfahren. Das „Erfolgsmodell Export“ funktioniert in einer Zeit des globalen Protektionismus immer weniger. Und viele heute noch „erfolgreiche“ Produkte werden in einer klimaneutralen Welt keinen Platz mehr haben. Alle diese Trends wirken parallel und erzwingen eine umfassende Transformation der Industrieunternehmen. Diese wird Arbeitsplätze verändern, neue Arbeitsplätze schaffen und auch Arbeitsplätze kosten. Damit die heute Beschäftigten Perspektiven für die Zukunft kriegen, fordern wir, dass der Umbau der Standorte generell Vorrang vor dem Neubau auf der grünen Wiese im Niedriglohnland erhält. Und wir müssen in Köpfe investieren und die heute Beschäftigten auf neue Technologien, Verfahren und Produkte qualifizieren.

Wir erwarten, dass die Unternehmen ihrer Verantwortung nachkommen und die Chancen in neuen Märkten energieeffizienter und klimagerechter Produkte und Dienstleistungen konsequent nutzen. Und wir setzen uns dafür ein, dass passgenaue Unterstützungsleistungen in den Feldern der Arbeitsmarkt-, Technologie- und Industriepolitik entwickelt werden.

5. Wir fordern die Politik auf: Die Aufgabe annehmen und konsequent handeln

Wir erwarten von der Politik eine Gesetzgebung, die konsequent die notwendige ökologische und soziale Modernisierung der Wirtschaft unterstützt und fördert. Wir brauchen die breite Nachfrage nach elektrischen Fahrzeugen, KWK-Blockheizkraftwerken, Fahrzeugen für den öffentlichen Verkehr oder lokalen Windparks in der Hand von Bürger*innen oder Kommunen. Wir erwarten von der Politik eine Regulierung, die sicherstellt, dass die Chancen neuer Produkte und Märkte auch zu neuen Arbeitsplätzen in Deutschland führen. Hierfür ist auch ein neuer Modus der politischen Steuerung erforderlich. Eine ambitionierte Regulation etwa für Emissionsgrenzen ist notwendig, muss aber eng verzahnt sein mit einer darauf ausgerichteten Investitionsstrategie. Die Einführung einer CO₂-Bepreisung ist Teil eines notwendigen Instrumentenbündels. Sie muss eingebunden sein in sektorspezifische Maßnahmenpakete, daher wenden wir uns gegen die Ausweitung des Emissionshandels auf die Bereiche Verkehr und Wohnen. Die entstehenden Belastungen der Bürger*innen müssen verbunden sein mit

greifbaren und verlässlichen Alternativen. Deshalb müssen regulatorische Anreize und Fördermaßnahmen gleichzeitig angegangen werden.

Der zusätzliche Investitionsbedarf allein für die Finanzierung der Verkehrswende wird auf ca. 250 Mrd. € bis 2030 geschätzt. Dies erfordert eine Abkehr von der Haushaltspolitik der „schwarzen Null“ – und eine offensive staatliche Investitionspolitik, die sich neuen Finanzierungswegen nicht verschließt.

Um einen Markt für elektrische Fahrzeuge schaffen zu können, muss eine flächendeckende Ladeinfrastruktur aufgebaut werden. Dies erfordert nicht nur die punktuelle Versorgung mit Schnellladern sondern eine konsequente Ertüchtigung der Verteilnetze und den Ausbau von Ladeoptionen für Normallader zuhause und am Arbeitsplatz. Der dringend benötigte Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs erfordert gleichzeitig gewaltige Investitionen in die Bahn-Infrastruktur bei Schienen und Leittechnik sowie in den Fuhrpark des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Verkehrs. Rad- und Fußverkehr können ebenfalls nur dann gestärkt werden, wenn die Infrastruktur so ertüchtigt wird, dass sie einer wachsenden Verkehrsleistung Rechnung trägt. Der öffentliche Straßenraum muss fair unter den Verkehrsträgern verteilt werden.

Das sind nur wenige ausgewählte Beispiele aus dem Verkehrssektor. Und damit ist zunächst nur der Bedarf an Investitionen in Technologien und Infrastrukturen benannt. Mindestens ebenso wichtig sind Investitionen, die die nötigen Transformationsmaßnahmen regional- und strukturpolitisch begleiten und die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt abfedern.

6. Wir leisten unseren Beitrag: Verantwortung übernehmen, Transformation gestalten

Der Wandel gelingt nicht über unsere Köpfe hinweg. Die anstehende Transformationsaufgabe ist so umfassend und anspruchsvoll, dass ein Akteur allein diese nicht stemmen kann. Wir haben uns daher entschieden, das Bündnis zwischen der wichtigsten Industriegewerkschaft und den größten deutschen Umweltverbänden zu suchen, um den Wandel hierzulande und in Europa zu gestalten. Wer die Transformation erfolgreich gestalten will, muss mehr tun, als die Menschen nur mitzunehmen – sie müssen selbst Handelnde in eigener Sache sein. Mit unseren Organisationen, unseren vielen regionalen und lokalen Gruppen und unseren vielen Millionen Mitgliedern erheben wir unsere Stimme für eine ökologische, soziale und demokratische Transformation.

Als Bürger*innen fordern auch unsere Mitglieder mit Nachdruck die Einhaltung der Klimaschutzziele. Sie wollen folgenden Generationen eine intakte Umwelt hinterlassen, zugleich benötigen sie aber auch bezahlbare und erreichbare Mobilitätsangebote. Als Beschäftigte – gerade in den durch die Automobilindustrie geprägten Regionen – brauchen sie sichere, gute und zukunftsfeste Arbeitsplätze. Die Unternehmen, in denen sie tätig sind, sind auf neue zukunftsfähige Geschäftsmodelle ebenso wie auf eine verlässliche und nachhaltige Energieversorgung angewiesen.

Wir treiben den Wandel deshalb aktiv voran – indem wir einen breiten gesellschaftlichen Dialog forcieren, in regionalen und bundesweiten Transformationsbeiräten und -bündnissen, auf Tagungen und Kongressen, mit lokalen Initiativen, aber auch in den Betrieben.

Auch wenn wir nicht in allen aktuellen Fragen der Klimapolitik übereinstimmen, uns eint eine gemeinsame Vision: Wir hinterlassen unseren Kindern eine lebenswerte Welt. Wir schaffen eine gerechte Gesellschaft mit sicheren und nachhaltigen Arbeitsplätzen. Wir ermöglichen jeder und jedem ein selbstbestimmtes Leben.

Berlin/Frankfurt am Main, Juli 2019